

Wenn die Themen Heimat- und Naturschutz missbraucht werden

Neue Bundesumweltministerin warnt vor rechtsradikalen Einflüssen auf Klimapolitik

Mittwoch 2. Februar 2022 - **Berlin / Bielefeld (wbn)**. Bundesumweltministerin **Steffi Lemke (Grüne)** hat davor gewarnt, dass „rechte Agendasetter“ nicht nur die Corona-Krise für sich nutzen, sondern auch "Umwelt- und Klimapolitik kapern".

Im Interview mit nw.de, dem Online-Portal der in Bielefeld erscheinenden Neuen Westfälischen, erklärte sie am Dienstag: "Es gibt seit längerem verschiedene rechte Gruppierungen, die versuchen, mit dem Thema Heimat- und Naturschutz zu punkten. Diesen Bestrebungen werde ich entgegentreten." Diesen Menschen gehe es darum, die Gesellschaft zu spalten, Desinformation und rechtsradikale Positionen zu verbreiten.

Fortsetzung von Seite 1

Lemke sagte: "Darüber gilt es offen und deutlich zu reden. Es geht nicht darum, ob man frei sprechen und denken darf - das kann man in diesem Land selbstverständlich. Das sage ich als frühere DDR-Bürgerin."

Zudem müsse über die Spannungsfelder diskutiert werden, die es zwischen Landwirtschaft, Wirtschaft, Verkehr und Naturschutz gebe. "Mir geht es um das Identifizieren von Lösungen, statt sich in Frontstellungen zu verbarrikadieren.", so Lemke.